NIEDERSCHRIFT Rat/0036/2019

über die Sitzung des **Rates der Stadt Billerbeck** am 10.10.2019 im Kultursaal **der Alten Landwirtschaftsschule**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Frau Heike Ahlers
Herr Matthias Ahlers
Herr Karl-Heinz Brockamp
Herr Bernd Kösters
Herr Marco Lennertz
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Peter Rose
Herr Thomas Schulze Temming
Herr Franz-Josef Schulze Thier ab Verlauf zu TOP 2. ö. S.
Frau Birgit Schulze Wierling
Herr Werner Wiesmann
Frau Sarah Bosse
Herr Dieter Brall
Herr Winfried Heymanns
Frau Margarete Köhler
Herr Carsten Rampe
Herr Thomas Tauber
Herr Thomas Walbaum
Herr Ralf Flüchter
Frau Maggie Rawe
Herr Ulrich Schlieker
Herr Dr. Rolf Sommer
Herr Hans-Günther Wilkens
Herr Frank Wieland
Herr Hubert Töllers

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing
Frau Marion Lammers
Herr Martin Struffert
Herr Gerd Mollenhauer
Frau Michaela Besecke
Frau Birgit Freickmann

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:20 Uhr

Frau Dirks verpflichtet zu Beginn der Ratssitzung Herrn Töllers von der Familien-Partei zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben. Herr Töllers ist Nachfolger des ausgeschiedenen Ratsmitgliedes Helmut Geuking.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gibt nichts zu berichten.

2. Vorstellung der Pestel Wohnungsmarktstudie

Herr Riedel präsentiert die Pestel-Wohnungsmarktstudie, die als **Anlage 1** dieser Niederschrift im Ratsinformationssystem beigefügt ist.

Frau Dirks merkt an, dass die Pestel-Studie die Grundlage für weitere Beratungen in den Fachausschüssen sein werde.

3. Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses 2018 der Stadt Billerbeck aufgrund des § 96 GO NRW

Da Frau Dirks zu Punkt 6. des Beschlussvorschlages des Rechnungsprüfungsausschusses (Entlastungserteilung) befangen ist, lässt sie zunächst über die Punkte 1. – 5. abstimmen:

Beschluss:

1. Die von der Concunia GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüfte und der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügte Bilanz zum 31. Dezember 2018 wird mit einer Bilanzsumme von 91.582.916,68 € festgestellt.

2. Die von der Concunia GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüfte und der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügte Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2018 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.238.939,24 € wird festgestellt.

3. Die von der Concunia GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüfte und der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügte Finanzrechnung für das Haushaltsjahr 2018 mit einem Endbestand in Höhe von 6.940.578,21 € wird festgestellt.

4. Der von der Concunia GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüfte und der Sitzungsvorlage beigefügte Anhang zum Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2018 wird festgestellt.

5. Der von der Concunia GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft,

geprüfte und der Sitzungsvorlage beigefügte Lagebericht zum Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2018 wird festgestellt.

Stimmabgabe: einstimmig

Frau Dirks übergibt den Sitzungsvorsitz an ihren Stellvertreter Herrn Kösters.
Herr Kösters lässt über den Punkt 6. des Beschlussvorschlages des Rechnungsprüfungsausschusses abstimmen.

Beschluss:

6. Auf der Grundlage des von der Concunia GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, erteilten und der Sitzungsvorlage beigefügten uneingeschränkten Bestätigungsvermerkes wird der Bürgermeisterin Entlastung erteilt.

Stimmabgabe: einstimmig

Nachdem Frau Dirks wieder den Sitzungsvorsitz von Herrn Kösters übernommen hat, lässt sie über den Punkt 7. des Beschlussvorschlages abstimmen.

Beschluss:

7. Der festgestellte Jahresüberschuss für das Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 1.238.939,24 € wird der Ausgleichsrücklage zugeführt.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Finanzzwischenbericht 2019; hier: Entwicklung der Ergebnisplanung sowie der Investitionen im Vergleich zur Planung
Der Rat fasst folgenden

Beschluss:
Der Finanzzwischenbericht 2019 wird zur Kenntnis genommen.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2020 sowie Finanzplanung und Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2023;
hier: Einbringung des Etatentwurfes durch die Bürgermeisterin in den Rat
Die Ausführungen der Bürgermeisterin zum Haushaltsplanentwurf 2020 sind der Niederschrift als **Anlage 2 im Ratsinformationssystem** beigefügt.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:
Der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2020 nebst Anlagen sowie die Finanzplanung 2021 bis 2023 werden zur Vorberatung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

6. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.09.2019, TOP 2 ö.S.
hier: Touristisches Hinweisschild an der A 43
Herr Messing berichtet, dass lt. Auskunft der Bezirksregierung ein zusätzliches Touristisches Hinweisschild an der A 1 nicht genehmigungsfähig sei.

Beschluss:
1. Die Dringlichkeitsentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.09.2019 über die Errichtung des Touristischen Hinweisschildes an der BAB A 43 und die Mittelbereitstellung für das Jahr 2020 in Höhe von 10.800,-- € für diesen Zweck wird genehmigt.

   Stimmabgabe: einstimmig

2. Dem in der Anlage zur Sitzungsvorlage abgebildeten Hinweisschild wird zugestimmt.

Stimmabgabe:	**Ja**	**Nein**	**Enthaltung**
CDU Fraktion	12		
SPD Fraktion		5	2
Bündnis90/Die Grünen	5		
Sonstige	1		1
Bürgermeisterin	1		

7. Antrag der CDU Fraktion vom 19.06.2017
hier: Anerkennung der Stadt Billerbeck als staatlich anerkannter Luftkurort gemäß § 11 KOG (Kurortegesetz NRW) durch die Bezirksregierung Münster
Zu der im Rahmen der Vorberatung im HFA aufgeworfenen Frage, ob Billerbeck als abundante Kommune Zuwendungen aus dem Finanzausgleich bekommen würde, teilt Frau Lammers teilt mit, dass Billerbeck nach jetzigem Stand 40.000,-- € als Sockelbetrag bekommen würde.

Herr Lennertz merkt zu den seitens der SPD-Fraktion befürchteten Hemmnissen für die Entwicklung von Gewerbe und Wirtschaft an, dass dies nicht der Fall sei, da ja kein Sondergebiet festgesetzt würde.

Herr Tauber entgegnet, dass das Hauptablehnungskriterium nach wie vor die Schaffung der für einen Luftkurort erforderlichen Infrastruktur und deren Unterhaltung sei und da würden die 40.000,-- € auch nicht helfen. Die SPD-Fraktion sei der Auffassung, dass der Antrag vom Tisch gehöre, da er keine Zukunft habe.

Der Rat fasst nach kurzer Erörterung folgenden

Beschluss:
Ein Luftgutachten ist turnusgemäß in 2023 in Auftrag zu geben, um das Prädikat als „Staatlich anerkannter Erholungsort“ zu halten.
Im Anschluss daran wird über die Weiterentwicklung zu einem Luftkurort erneut beraten.

Stimmabgabe:	**Ja**	**Nein**	**Enthaltung**
CDU Fraktion	12		
SPD Fraktion		7	
Bündnis90/Die Grünen	5		
Sonstige	2		
Bürgermeisterin	1		

8. Antrag der Familien-Partei vom 04.09.2018
hier: : Errichtung eines Mountainbike Parcours bzw. Mountainbike Parks
Frau Dirks teilt mit, dass lt. Aussage der Naturschutzbehörde ein Antrag auf Ausweisung eines Mountainbike Parcours bzw. Mountainbike Parks in den Baumbergen nicht genehmigungsfähig wäre.
Herr Messing verweist auf die zeitgleich mit der Anfrage bei der Naturschutzbehörde vom Kreis Coesfeld übersandte Broschüre, in der Sperrgebiete für Mountainbiking in den Baumbergen dargestellt sind (Naturschutzgebiet Baumberge, Bodendenkmal Landwehr, Waldgebiet bei Leopoldshöhe).

Nach kurzer Erörterung fasst der Rat folgenden

Beschluss:
Unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Naturschutzbehörde wird der Antrag der Familien-Partei vom 04.09.2018 an den HFA zurückverwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

9. 1. Änderung des Bebauungsplanes "Nottulner Straße"
hier: Vorstellung eines Planentwurfes
Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses und fasst folgenden

Beschluss:
Die Verwaltung wird beauftragt, einen Entwurf zur Bebauungsplanänderung zu erarbeiten und mit dem Grundstückseigentümer einen städtebaulichen Vertrag zu schließen.

Stimmabgabe: einstimmig

10. Anregung zur Änderung des Bebauungsplanes "An der Kolvenburg"
hier: Ermöglichung von Terrassenüberdachungen
Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses und fasst folgenden

Beschluss:
Die Verwaltung wird beauftragt, die 3. Änderung des Bebauungsplanes „ An der Kolvenburg“ entsprechend der Ausführungen vorzubereiten.

Stimmabgabe: einstimmig

11. Neubau eines Feuerwehrgerätehauses
hier: Vorstellung der Entwurfsplanung
Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses und fasst folgenden

Beschluss:
Die vorgestellte Entwurfsplanung wird beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

12. Bebauungsplan "Baumgarten"
hier: Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses und fasst folgenden

Beschluss:
1. Die Hinweise des Kreises Coesfeld, der Unitymedia NRW GmbH und der Telekom Deutschland GmbH werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Anregung der LWL-Archäologie Westfalen zur Erweiterung der Hinweise wird gefolgt.
3. Der Anregung der IHK Nord Westfalen wird nicht gefolgt.
4. Gem. § 8 Abs. 2 BauGB wird festgestellt, dass der Bebauungsplan „Baumgarten“ aus dem Flächennutzungsplan entwickelt worden ist.
5. Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie der §§ 7 und 41 GO NRW unter Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange nach § 1 Abs. 7 BauGB den Bebauungsplan „Baumgarten“ mit den örtlichen Bauvorschriften als Satzung. Diese besteht aus der Planzeichnung sowie der Begründung.
6. Gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist ortsüblich bekannt zu machen, dass

der Bebauungsplan „Baumgarten“ beschlossen worden ist.

Rechtsgrundlagen sind:
- Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in der zurzeit geltenden Fassung
- Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666/SGV NRW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung
- Die Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) vom 21. Juli 2018 (GV. NRW S. 411) in der zurzeit geltenden Fassung

Stimmabgabe: einstimmig

13. Bebauungsplan "Buschenkamp"
hier: Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

Herr Wiesmann erklärt sich für befangen. Er begibt sich in den Zuschauerraum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses und fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:
Ergebnisse aus den Beteiligungsverfahren :

1. Die Hinweise des Kreises Coesfeld werden zur Kenntnis genommen. Der Anregung der Bauaufsicht wird durch redaktionelle Korrektur gefolgt. Der Anregung der Unteren Bodenschutzbehörde bzgl. der Aufnahme weiterer Hinweise aus dem frühzeitigen Verfahren wird nicht gefolgt.
2. Die Hinweise der Telekom Deutschland GmbH, der Unitymedia NRW GmbH, der Amprion GmbH und des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr werden zur Kenntnis genommen.
3. Den Anregungen von Straßen.NRW und der Westnetz GmbH wird gefolgt.
4. Der Anregung der IHK Nord Westfalen wird nicht gefolgt.

Abschließende Beschlüsse:

5. Gemäß § 8 Abs. 2 BauGB wird festgestellt, dass der Bebauungsplan „Buschenkamp“ aus dem Flächennutzungsplan entwickelt worden ist.
6. Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie der §§ 7 und 41 GO NRW unter Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange nach § 1 Abs. 7 BauGB gegen- und untereinander den Bebauungsplan „Buschenkamp” mit den örtlichen Bauvorschriften als Satzung. Diese besteht aus der Planzeichnung sowie der Begründung mit Umweltbericht.
7. Gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist ortsüblich bekannt zu machen, dass der Bebauungsplan „Buschenkamp“ beschlossen worden ist.

Rechtsgrundlagen sind:
- Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in der zurzeit geltenden Fassung

- Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung
- Die Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) vom 21. Juli 2018 (GV. NRW S. 411) in der zurzeit geltenden Fassung

Stimmabgabe: einstimmig

14. 47. Änderung des Flächennutzungsplanes und Änderung des Bebauungsplanes "Darfelder Straße"
hier: Erweiterung des Sondergebietes "Lebensmitteldiscounter" für einen "Tier- und Gartenfachmarkt"

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses und fasst folgenden

Beschluss:
Die Verwaltung wird beauftragt mit dem Vorhabenträger einen städtebaulichen Vertrag zur Übernahme der Planungskosten zu schließen, Entwürfe zur Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes zu erarbeiten und eine landesplanerische Stellungnahme einzuholen.

Stimmabgabe: einstimmig

15. 5. Änderung des Bebauungsplanes "Darfelder Straße"
hier: Aufstellungsbeschluss und Durchführung des Beteiligungsverfahrens

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses und fasst folgenden

Beschluss:
1. Für das Plangebiet, welches einen Teil des Bebauungsplangebietes „Darfelder Straße“ umfasst, wird die Aufstellung der 5. Änderung beschlossen.
   Der Änderungsbereich umfasst die Grundstücke Gemarkung Billerbeck-Stadt, Flur 13, Flurstücke 14, 205 und 206.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die Änderung wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt. Nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB wird in Verbindung mit
   § 13 Abs. 3 BauGB auf die Umweltprüfung und den Umweltbericht verzichtet.
4. Auf eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB wird gem. § 13a Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB verzichtet.
5. Der Entwurf der 5. Änderung des Bebauungsplanes „Darfelder Straße“ und der Entwurf der Begründung werden gebilligt.
6. Nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauGB wird die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB durchgeführt und die berührten Träger öffentlicher Belange werden nach § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt.

Stimmabgabe: einstimmig

16. Errichtung eines dreizügigen Kindergartens
hier: Festlegung des Standortes

Herr Lennertz beantragt, über den ursprünglichen Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen zu lassen und nicht über den vom Stadtentwicklungs- und Bauausschusses geänderten Beschlussvorschlag.

Herr Wieland gibt zu bedenken, dass es im Bereich der Schulstraße zu einem „Wahnsinnschaos“ kommen werde, wenn die Kita-Kinder morgens zusätzlich zu den Schulkindern von den Eltern gebracht würden.

Herr Lennertz verweist auf die Arbeitsgruppe, die sich mit den Standorten beschäftigt habe. Diese habe festgestellt, dass an beiden Standorten eine Umsetzung möglich wäre. Nach seiner Meinung spiele die Verkehrsanbindung eine untergeordnete Rolle.

Herr Tauber hält fest, dass der Fachausschuss vorberaten und dem Rat einen geänderten Beschlussvorschlag unterbreitet habe, darüber müsse nun abgestimmt werden.

Im Ausschuss sei oberste Prämisse gewesen, dass es weiter gehe, so Herr Walbaum. Über den Beschlussvorschlag des vorberatenden Ausschusses müsse abgestimmt werden, sonst gehe Zeit verloren.

Frau Dirks stellt fest, dass zuerst über den Antrag des Herrn Lennertz zur Änderung des vorliegenden Beschlussvorschlages abgestimmt werden müsse.

Herr Tauber fordert eine rechtliche Überprüfung dieses Vorgehens.

Frau Dirks lässt dann über den Antrag des Herrn Lennertz abstimmen:

Stimmabgabe::	**Ja**	**Nein**	**Enthaltung**
CDU Fraktion	12		
SPD Fraktion		7	
Bündnis90/Die Grünen		5	
Sonstige		1	1
Bürgermeisterin	1		

Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Dann stellt Frau Dirks den vom Stadtentwicklungs- und Bauausschuss abgeänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Es wird beschlossen, eine dreizügige Kita im Dreitelkamp zu errichten. Die Verwaltung wird beauftragt, ein geeignetes Architekturbüro mit der Erarbeitung der Planung für das Grundstück im Dreitelkamp zu beauftra-

gen.
Parallel sollen Maßnahmen zum aktiven Lärmschutz für das Grundstück an der Schulstraße erarbeitet und vorgestellt werden.

Stimmabgabe:	**Ja**	**Nein**	**Enthaltung**
CDU Fraktion		12	
SPD Fraktion	7		
Bündnis90/Die Grünen	5		
Sonstige	1		1
Bürgermeisterin		1	

Damit ist der Beschlussvorschlag ebenfalls **abgelehnt**.

17. Errichtung eines Trimm-Dich-Pfades in Billerbeck

Auf die Vorberatung im Schul- und Sportausschuss wird verwiesen. Der Rat fasst folgenden

Beschluss:
Eine Arbeitsgruppe wird eingerichtet. Diese soll bestehen aus einem Mitglied jeder Fraktion, 1 – 2 Vertretern der Verwaltung, ggf. Vertretern des Sportvereins sowie des Kreissportbundes und je nachdem welche Zielgruppe angesprochen werden soll, werden auch Vertreter der Kirchen und Schulen eingebunden.

Stimmabgabe:	**Ja**	**Nein**	**Enthaltung**
CDU Fraktion	12		
SPD Fraktion	5		2
Bündnis90/Die Grünen	5		
Sonstige	2		
Bürgermeisterin	1		

18. Sanierung bzw. Erneuerung der Laufbahn Typ C sowie des Rasenplatzes im Sportzentrum Helker Berg
Frau Bosse gibt die Bitte eines Bürgers weiter, der sich das Aufstellen von Sitzbänken am Fußballplatz wünsche.

Frau Rawe führt aus, dass es den Grünen schwer falle 125.000,-- € nur für Licht auszugeben. Sie würden das so mitgehen können in Teilen, bäten aber darum, ein ausgeklügeltes Lichtsystem zu wählen, damit das Licht nur eingeschaltet ist, wenn es genutzt wird. Außerdem hofften sie, dass das Angebot auch tatsächlich von vielen genutzt werde.

Beschluss:
Die Verwaltung wird beauftragt, einen Förderantrag bei der Bezirksregierung Münster für die Sanierung bzw. Erneuerung der Laufbahn Typ C und des Rasenplatzes sowie die Installation einer LED Flutlichtanlage

und die Errichtung eines Minispielfeldes zu stellen. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 599.000,00 € sind in den Produkthaushalt 2020 einzustellen. Es wird beschlossen, die Maßnahme nach Bewilligung der Fördermittel durchzuführen.

Stimmabgabe: einstimmig

19. Wiederbesetzung bzw. Umbesetzung von Ausschüssen

Herr Töllers erklärt, dass er gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW dem Haupt- und Finanzausschuss mit beratender Stimme angehören wolle.

Beschluss:
Herr Töllers wird als beratendes Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NW für den Haupt- und Finanzausschuss bestellt.

Herr Hoene wird als sachkundiger Bürger nach dem Ausscheiden von Herrn Wirth für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Mitglied im Betriebsausschuss und stellvertretendes Mitglied im

- Bezirksausschuss
- Schul- und Sportausschuss
- Ausschuss für Generationen und Kultur
- Ausschuss für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten
- Stadtentwicklungs- und Bauausschuss

Frau Ann Katrin Meinert wird im Ausschuss für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten als sachkundige Bürgerin neues ordentliches Mitglied für Herrn Andreas Ueding der als stellvertretender sachkundiger Bürger gem. Liste dem Ausschuss erhalten bleibt.

Frau Tatjana Ueding wird als sachkundige Bürgerin stellvertretendes Mitglied an dritter Stelle im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss. In den anderen Ausschüssen wird sie als sachkundige Bürgerin in der Liste angefügt.

Herr Christoph Ueding wird als sachkundiger Bürger neues stellvertretendes Mitglied an 2. Stelle im Bezirksausschuss. In den anderen Ausschüssen wird er als sachkundiger Bürger in der Liste angefügt.

Herr Frederik Salomon wird als sachkundiger Bürger neues stellvertretendes Mitglied an 3. Stelle im Schul- und Sportausschuss. In den anderen Ausschüssen wird er als sachkundiger Bürger in der Liste angefügt.

Herr Michael Wentges wird in folgenden Ausschüssen als sachkundiger Bürger zum stellvertretenden Mitglied bestellt:

Schul- und Sportausschuss
Ausschuss für Generationen und Kultur

Ausschuss für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten

Herr Tobias Beckbauer und Herr Lutz Wichmann scheiden als sachkundige Bürger aus.

Stimmabgabe: einstimmig

20. Bürgeranregung gem. § 24 GO NW
hier: Änderung/Ergänzung zum Bebauungsplan Nr. Oberlau II
Herr Georg Weiss erläutert die Anregung.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:
Die Bürgeranregung wird an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

21. Antrag der CDU Fraktion vom 17.07.2019
hier: Einrichtung eines offenen und flächendeckenden WLAN im gesamten Innenstadtbereich
Herr Lennertz erläutert den Fraktionsantrag und bittet um Verweisung an den zuständigen Ausschuss.

Frau Dirks bringt ihre Verwunderung über den Antrag zum Ausdruck, weil schon lange an dem Thema gearbeitet werde. Der Fraktionsantrag könnte zum Anlass genommen werden, über den derzeitigen Sachstand zu berichten.

Herr Lennertz entgegnet, dass aber bislang noch nichts umgesetzt bzw. noch nichts wirklich weiter verfolgt wurde. Das habe die CDU-Fraktion zum Anlass genommen, um ein offenes und flächendeckendes WLAN in der Innenstadt in den Focus zu rücken.

Frau Dirks erläutert, dass es offenen Freifunk in Teilen der Innenstadt bereits gebe. Auch habe sich die Stadt bekanntlich auf EU-Ebene für Publik-WLAN-Gutscheine im Rahmen des Programmes „Wifi4EU“ beworben und den Zuschlag bekommen. Zum anderen werde verwaltungsintern daran gearbeitet, wie ein flächendeckendes WLAN-Netz in der gesamten Innenstadt technisch umgesetzt werden könne. Eine Studie, in der Reichweiten gebündelt sind, liege bereits vor. Da noch geprüft werde, wie die technische Umsetzung erfolgen könnte, sei das Thema noch nicht vorgestellt worden.

Herr Tauber macht deutlich, dass der heute vorliegende CDU-Fraktionsantrag überflüssig sei, da die Verwaltung aufgrund eines SPD-Antrages von November 2015 bereits beauftragt worden sei, in Zusammenarbeit mit der Initiative Freifunk Münsterland den Freifunk in Billerbeck flächendeckend einzuführen und auszubauen. Hierüber erwarte er

einen Bericht seitens der Verwaltung.

Frau Rawe merkt an, dass die Verwaltung dann berichten sollte, wenn feststehe, wie die technische Umsetzung funktioniere und was es koste.

Frau Dirks erläutert, dass eine Umsetzung unter Einbeziehung von Straßenlaternen angedacht war und es auch einen Anbieter gegeben habe. Das scheine aber nun doch nicht zu funktionieren, so dass eine andere Lösung gesucht werden müsse. Die Verwaltung sei am Ball. Man habe sich darauf verständigt, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen, wenn greifbare Ergebnisse vorliegen.

Beschluss:
Die Verwaltung wird beauftragt, sobald konkrete Ergebnisse vorliegen, zu berichten.

Stimmabgabe: einstimmig

22. Mitteilungen

Keine

23. Anfragen

23.1. Verkehrssituation am Bahnhof/Hahnenkamp - Herr Rampe

Herr Rampe weist auf die unbefriedigende und tlw. gefährliche Situation im Bahnhofsbereich hin. Aufgrund der Bauarbeiten am Bahnhof hielten viele PKW mit eingeschalteter Warnblinkanlage direkt in der Einmündung zum Hahnenkamp, um Personen aussteigen zu lassen. Dadurch staue sich der Verkehr auf der Beerlager Straße. Ein Rettungswagen hätte keine Möglichkeit durchzukommen. Hier müsse unbedingt Aufklärungsarbeit geleistet werden. Auch das Abstellen der Fahrräder sei noch nicht gut gelöst.

Frau Dirks berichtet, dass mit dem Fahrplanwechsel im Dezember wieder der Hausbahnsteig genutzt werden könne und dann auch die Baucontainer am Weihgarten entfernt würden. Sie gehe davon aus, dass sich die Situation dann voraussichtlich entschärfen werde. Der Hinweis sei aber durchaus berechtigt. Das Ordnungsamt sei eingeschaltet, zusätzlich werde nun der Bezirksdienst informiert.

23.2. Parksituation Anhalter Straße - Frau Bosse

Frau Bosse berichtet, dass sie von Anliegern der Anhalter Straße auf die

schwierige und enge Parksituation angesprochen worden sei. Vom Spielplatz Ecke Sachsen-/Anhalter Straße sei bereits ein Stück weggenommen worden, damit größere Fahrzeuge besser um die Kurve kommen. Inzwischen werde diese Ecke wohl häufig zum Parken genutzt. Die Anlieger hätten nachgefragt, ob dort ein absolutes Halteverbot eingerichtet werden könne.

Herr Messing erläutert, dass der Sachverhalt bekannt sei und auch bereits Kontrollen durchgeführt wurden.
Frau Dirks sagt nochmalige Überprüfung zu.

23.3. Gefahrenpotential durch abgestellte Fahrräder im Bahnhofsbereich - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer weist darauf hin, dass sich das Gefahrenpotential durch ordnungswidrig abgestellte Fahrräder im Bahnhofsbereich erhöht habe. Es sei erstaunlich, dass noch nichts passiert sei.
Herr Messing teilt mit, dass das Ordnungsamt regelmäßig vor Ort sei.

23.4. SPD-Antrag zur Einstellung eines Inklusionsbeauftragten - Herr Walbaum

Herr Walbaum erkundigt sich nach der von der SPD-Fraktion beantragten Schaffung einer Stelle eines Inklusionsbeauftragten bei der Stadt Billerbeck.

Frau Dirks und Herr Struffert teilen mit, dass es demnächst eine Mitteilung hierzu geben werde.

23.5. Baustelle der Telekom Ecke Am Brunnenbach/Hilgenesch - Herr Wieland

Herr Wieland erkundigt sich, wie lange die bereits seit ca. 3 Monaten bestehende Baustelle der Telekom noch andauern werde.

Herr Messing teilt mit, dass dort permanent gearbeitet werde und der Fehler noch nicht behoben sei.

23.6. Glasfaseranschlüsse in der Innenstadt - Herr Tauber

Herr Tauber führt an, dass die Deutsche Glasfaser sich vertraglich zu einer flächendeckenden Versorgung des Innenstadtbereiches mit Glasfaseranschlüssen verpflichtet habe. Dennoch wolle die Deutsche Glasfaser wohl nicht jedes Haus bzw. jede Wohnung anschließen, das habe zu Unsicherheiten und Verärgerungen bei den betroffenen Bürgern geführt.
Herr Tauber erkundigt sich, ob es hierzu Aussagen gebe.

Frau Dirks berichtet, dass lt. Aussage der Deutsche Glasfaser in Mehrfamilienhäusern nachgerüstet werde. Bzgl. der Hörsterstraße, in der die Deutsche Glasfaser wegen technischer Probleme keine Anschlüsse herstellen wollte, finde demnächst ein Gesprächstermin statt, in dem sie auf eine Lösung der technischen Probleme und einen Anschluss aller Grundstücke bestehen werde.

23.7. Kinderspielplatz "Am Südberg" - Herr Tauber

Herr Tauber erkundigt sich, wann der Spielplatz im Baugebiet „Am Südberg“ errichtet werde, die Anlieger warteten hierauf.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass eine Abstimmung mit den Anliegern bereits erfolgt sei und der Spielplatz im kommenden Frühjahr in Betrieb genommen werden soll.

23.8. Ampelanlage Holthauser Straße - Herr Brockamp

Herr Brockamp erkundigt sich, ob die Ampelanlage nachts ausgeschaltet werden könne.

Verwaltungsseitig wird zugesagt, beim Landesbetrieb nachzufragen, ob die Möglichkeit bestehe.

23.9. NT Deutsche Glasfaser - Herr Lennertz

Herr Lennertz weist darauf hin, dass die Deutsche Glasfaser wohl massive Probleme mit den NT Portalen habe. Die Bürger müssten lange warten, bis sie versorgt werden. Er bitte dringend darum, Gespräche mit Vertretern der Deutsche Glasfaser zu führen und anschließend hierüber zu berichten.
Verwaltungsseitig wird das zugesagt.

23.10. Parksituation am Baumgarten

Herr Wieland weist darauf hin, dass u. a. wegen parkender PKW im Bereich der Praxis am Baumgarten zu wenig Platz für Fußgänger zur Verfügung stehe. Menschen mit Rollatoren müssten auf die Straße ausweichen. Vielleicht könnte das Parken auf eine Straßenseite beschränkt werden. Zudem behindere ein von der Deutsche Glasfaser aufgestellter Kasten auf dem schmalen Gehweg die Fußgänger.

Verwaltungsseitig wird Überprüfung zugesagt.

24. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

Keine

Marion Dirks	Bernd Kösters	Birgit Freickmann
Bürgermeisterin	stellv. Bürgermeister	Schriftführerin